

BVMedNews № 31/09

10. August 2009; Empfänger: 7.800

Medienarbeit für Unternehmen

Berlin. Fit werden im Umgang mit den Medien – das ist Ziel des **MedInform** Einführungsseminars "Medienarbeit in der MedTech-Branche" am 17. September 2009 in Berlin. Das Tagesseminar vermittelt in kompakter und verständlicher Form die wichtigsten Grundlagen einer erfolgreichen Pressearbeit für Mitarbeiter von Unternehmen der Medizintechnologie und der Gesundheitswirtschaft. Referent ist der Kommunikationsberater **Thomas Krieger**. Programm und Anmeldung unter www.bvmed.de (Veranstaltungen).

Workshop: Klinische Studien

Berlin. Klinische Studien sind für MedTech-Unternehmen sehr bedeutend. Der **MedInform** Workshop: "Die ideale Studie für Medizinprodukte – Keine professionelle Mogelpackung – Vermeidbare Fehler bei der Konzeption. Durchführung und Interpretation klinischer Studien!" am 21. Oktober 2009 in Berlin richtet seinen Fokus auf die Publikation und die Verwertung der Studienergebnisse. Programm und Anmeldung unter: www.bvmed.de (Veranstaltungen).

RWI-Prognose: Milliardendefizit

Essen. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) rechnet bis Ende 2010 wegen der anhaltenden Wirtschaftskrise mit Milliardendefiziten in den Sozialkassen. Für die Gesetzliche Krankenversicherung sei mit einem Fehlbetrag von rund 10,5 Milliarden Euro zu rechnen. Dabei reiche es nicht, allein auf Wachstum zu setzen, sagte RWI-Forscher **Heinz Gebhardt**.

4. MPG-Novelle bekannt gemacht

Berlin. Das neue "Gesetz zur Änderung medizinproduktrechtlicher Vorschriften" vom 29. Juli 2009 wurde jetzt im Bundesgesetzblatt I Nr. 48 bekannt gemacht. Es tritt im Wesentlichen am 21. März 2010 in Kraft. Mit der 4. MPG-Novelle werden auch die Regelungen der entsprechenden Rechtsverordnungen angepasst.

Neue BAK-Präsidentin

Berlin. **Erika Fink** ist die neue Präsidentin der Bundesapothekerkammer (BAK). Sie wurde in Berlin von den Delegierten der 17 Landesapothekerkammern gewählt und folgt auf **Dr. Ulrich Krötsch**.

Versicherte zeigen sich bereit für höhere Beiträge

Berlin. Zwei Drittel aller Bürger und rund 81 Prozent der Ärzte sehen Reformbedarf im Gesundheitswesen. Das ergab eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag des Finanzdienstleisters MLP. Befragt wurden 1832 Versicherte und 512 Ärzte nach ihrer Meinung zum Gesundheitswesen. Die Überzeugung der Befragten ist groß, dass das Gesundheitswesen umfassend reformiert werden muss. Jedoch erwartet lediglich jeder vierte Deutsche grundlegende Reformen nach der Bundestagswahl.

Die Befragten zeigten sich besorgt um ihre medizinische Versorgung. Rund 79 Prozent bezweifeln, dass es der Politik gelingen wird, auch längerfristig eine gute Gesundheitsversorgung für alle sicherzu-

stellen. Die Mehrheit ist bereit, für einen Rundumschutz auch deutlich mehr Beiträge zu bezahlen. Grund dafür ist die Angst, im Krankheitsfall eine notwendige Behandlung vom Arzt aus Kostengründen nicht verschrieben zu bekommen, so die Umfrage. Erhöht ist die Angst vor allem bei den Befragten ab 59 Jahren. Nur die Minderheit gab an, dass „unbedingt notwendige medizinische Leistungen“ reichen, wenn im Gegenzug niedrigere Beiträge bezahlt werden müssten.

Unterschiede zeigten sich zwischen gesetzlich Krankenversicherten und Privatversicherten. Während sich nur 58 Prozent der gesetzlich Versicherten gut abgesichert sehen, sind es bei den Privatversicherten 90 Prozent.

Studie: DRG-System hat sich bewiesen

Berlin. Die Einführung des Fallpauschalensystems, Diagnosis Related Groups (DRG), hat nicht zu den vielfach befürchteten Versorgungsproblemen und Qualitätsverlusten geführt. Das hat eine im Juni 2009 veröffentlichte Studie des Zentrums für Qualitätsmanagement im Gesundheitswesen (ZQ) erwiesen.

Die Studienergebnisse zeigen, dass das DRG-System nicht dazu verleitet, möglichst nur noch die lukrativen Behandlungsfälle aufzunehmen, keine Anhaltspunkte dafür liefert, dass es zu drastischen Verkürzungen der Verweildauer kommt, indem Patienten nicht zu Ende behandelt und viel zu früh

entlassen werden und somit auch nicht für häufige Wiederaufnahmen zum gleichen Krankheitsbild verantwortlich zu machen sind.

Die Studie des ZQ ist bundesweit die erste ihrer Art nach Umstellung des Systems von Verweildauerbezogenen tagesgleichen Pflegesätzen auf ein System, bei dem sich der Preis am einzelnen Behandlungsfall unter Berücksichtigung der Diagnose, Nebendiagnose, aber auch am jeweiligen Patientenalter und möglichen Komplikationen orientiert. 30 repräsentativ ausgewählte Kliniken in Niedersachsen waren an der Studie beteiligt. Infos zur Studie: www.aekn.de (Presse).



Mit 251 Milliarden Euro in 2009 ist die Rentenversicherung einer der wichtigsten Eckpfeiler des sozi-

alen Netzes in Deutschland. Darauf folgt die Krankenversicherung mit 169 Milliarden Euro.